

Bezugspreis:

Wochenschrift 18.00 RM, monatlich 4.50 RM...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Reich'...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komposition...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 31. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 63, Lindenstr. 3.

Der Frieden tritt in Kraft.

Höchstmieten gegen Mietswucher

Eine tatkräftige Verordnung.

Die neue preussische Verordnung über Einführung von Höchstmieten...

Die einzelnen Bestimmungen der Verordnung sind zwar noch nicht allgemein bekannt...

Einigung in Paris.

Die letzten Hemmungen sind beseitigt: Am Tage der Heiligen drei Könige...

Es hat unserer Pariser Delegation schwere Mühe gekostet, die Franzosen davon zu überzeugen...

Wir können und nicht verhehlen, daß es hoher Einsicht der gegnerischen Sachverständigenkommission bedarf...

Die Abstimmungsgebiete.

Pariser Einverständnis: Die alliierten Delegierten haben den deutschen Vertretern die Bedingungen...

den alle Mietverträge der ohne Warmwasser und Zentralheizung eingerichteten Häuser...

Der § 8 will die Überschreitung der Höchstgrenze in Zukunft verhindern und bestimmt, daß alle Verträge...

Jede Nebenleistung des Mieters gilt als Mietzins. Bei Lebensmittelförmigen z. B. wird hier und da...

Sind die persönlichen Verhältnisse des Mieters derartig, daß er auch die Höchstmiete nicht tragen kann...

Durch den § 10 sollen Särten, die den das Haus nicht als Spekulationsobjekt betrachtenden Eigentümern...

Am Gegensatz zu den Reparaturen ist bei öffentlichen Abgaben eine Verlängerung des Zeitraumes...

sch-richtliche anzusehen sind, wird noch den einzelnen Gemeindevorständen zu entscheiden sein. Zum Beispiel wird der Wasserzins in einzelnen Gemeinden den Charakter der Gebühr tragen, in anderen dagegen nicht. Im Zweifelsfall — aber auch nur in solchen — wird diese Rechtsfrage zugunsten der Vermieter zu entscheiden sein, da die Erhöhung der Abgaben die Allgemeinheit tragen muß, nicht der einzelne.

Da die Entscheidung der Frage, ob dem Vermieter Zuschläge zugubilligen sind, vielfach von der Beurteilung des Wertes des Grundstückes abhängig sein wird, so werden häufig Sachverständigen-Gutachten erforderlich werden. Bei der Forderung der Grundstücke wird mit Rücksicht auf unsere wirtschaftspolitischen Gesamtverhältnisse eine gewisse Vorsicht am Platze sein. Die gegenwärtige, aus der Wohnungsnot sich ergebende Konjunktur soll bei Abschätzung des Grundstückswertes nicht berücksichtigt werden. Die Kosten für derartige Gutachten hat der Vermieter zu tragen. Die persönlichen Verhältnisse des Mieters bei Festsetzung des Zuschlages können insofern berücksichtigt werden, als der Zuschlag einem nachfolgenden Mieter gegenüber mit Rücksicht auf dessen Einkommens- und Vermögensverhältnisse anders festgesetzt werden kann.

Der Zeitraum, für den die Zuschläge festgesetzt werden, wird je länger festzusetzen sein, je größer die vorgenommene oder vorzunehmende Reparatur ist. Unverträglich hohe Zuschläge dürfen dem einzelnen jeweiligen Mieter nicht zugemutet werden. Bei der Festsetzung der Höhe der Zuschläge sind die dem Vermieter gemäß § 2 der Verordnung bewilligten Zuschläge voll zu berücksichtigen, und daß dies geschieht, ist in der Entscheidung besonders hervorzuheben.

Um eine Schädigung wirtschaftlich schwacher Mieter zugunsten verdrängender Vermieter zu vermeiden, ist weiter bestimmt worden, daß das Einigungsamt die Vermögens- und Einkommensverhältnisse beider Parteien gegeneinander abzuwägen hat.

Im § 12 der Verordnung ist der Versuch gemacht worden, den immer größer werdenden Mietwucher mit unüblichen Wohnungen und möblierten Zimmern zu unterbinden. Nunmehr unterliegt die Weitervermietung der Genehmigung des Wohnungsamts und zwar soweit der Mietpreis für solche Räume in Frage kommt. Die Vermieter möblierter Wohnungen und Zimmer müssen also eine Preisgenehmigung vom Wohnungsamt einholen. Wer die Einholung der Genehmigung unterläßt oder dem Untermieter von der Preisfestsetzung keine Kenntnis gibt, hat als Strafe nur Anspruch auf eine Mietkündigung, wie sie für unübliche Räume gilt.

Zum Schluß wird in der Verordnung noch die Weisheitsfrage für die Mietvereinigungsämter neu geregelt. Bisher sind die Weisheit ernannt worden. Nunmehr sind sie von den Gemeindevorstältern zu wählen. Vermieter- und Mietervereinigungen soll hierbei ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden.

Schon seit langer Zeit ist keine Verordnung von so einschneidenden Bestimmungen für die Stadtbevölkerung ergangen, wie diese Verordnung über Mietsmieten. Dringende Notwendigkeit ist es, daß jeder Mieter über den Umfang seiner neuen Rechte Bescheid weiß. Allein aus diesem Grunde war es zweckmäßig, den Inhalt der Verordnung über zu erörtern, als es sonst geschieht. Die Mieter dürfen sich nunmehr auch nicht mehr durch Spiegelreflexionen der Hausbesitzer beirren lassen. Das Gesetz schützt die Mieter und schützt den soliden Hausbesitz. Jeder Konjunkturgewinn des Hausbesitzes muß aber verhindert werden. Hoffentlich erfassen auch die Kommunalbehörden bei der Festsetzung des Zuschlages die Motive der Regierung voll und ganz. In den Ausführungsbestimmungen ist der Höchstzuschlag auf 20 Proz. der Friedenssumme festgelegt worden. Es wäre richtiger gewesen, diese Bestimmung in die Verordnung hineinzunehmen. Die Verordnung ist eine soziale Tat, die Befehle der Kommunen werden ihr hierin sicher nicht nachsehen, sondern im Sinne des Gesetzgebers den entgegengegesetzten Bestrebungen des Hausbesitzes nachdrücklich Widerstand leisten.

Friedrich Scholz.

Der flüchtige Klotz.

In der Montagtagung der französischen Kammer berichtete Finanzminister Klotz über die Gesamtausgaben der letzten sechs Jahre, die sich auf 209 Milliarden belaufen. Aus der Liquidation der Heeresbestände könnten acht Milliarden erzielt werden, die alten und die neuen Steuern hätten 31 Milliarden eingebracht. Von den Alliierten hat Frankreich 33 1/2 Milliarden geborgt und von der Bank von Frankreich 25 Milliarden. Die Anleihen während des Krieges ergaben 53 Milliarden, die Schatzscheine und kurzfristigen Obligationen 49 Milliarden. Im ganzen also habe Frankreich während des Krieges über 195 Milliarden „Einnahmen“ verfliegen können. Dann kam der schöne Trost: Man müsse in Zukunft mit Ausgaben rechnen, die später Deutschland bezahlen müsse. Die Schuld Deutschlands an Frankreich nach dem Friedensvertrag schätzt Klotz auf 200 Milliarden Franken für die ersten Jahre müsse Frankreich die Lasten für die Wiederherstellung, die der Feind durchzuführen habe, tragen. Frankreich sei also der Dankier des Vorgesetzten. Es habe jetzt für den besiegten Feind mehr als 25 Milliarden vorgezahlt, darunter 10 Milliarden für Kriegsschäden und 1 Milliarde für Pensionen.

Im übrigen hat Frankreich unter der gleichen Not wie Deutschland zu leiden: die Ausfuhr Frankreichs weist einen ungeheuren Reihbetrag auf, während die Käufe im Ausland ganz erheblich gestiegen sind. Für das Jahr 1919 beträgt das Defizit des wirtschaftlichen Gleichgewichts etwa 25 Milliarden. Bezeichnend ist die Einsicht von der Notwendigkeit intensiver Handelsbeziehungen zu Deutschland, Desterreich und der Tschechoslowakei, die einen für Frankreich günstigen Wechselkurs hätten. Klotz sagte, es habe gar keinen Sinn, von England und Amerika zu ungeheuren Preisen Maschinen kommen zu lassen, die meistens in Deutschland gekauft seien. Es sei auch notwendig, die unnötige Einfuhr von Luxusprodukten mit einer besonderen Steuer zu belegen. Im Augenblick wolle niemand etwas entdecken; der Konsum in Luxusartikeln, in Pelzwaren, Parfüms und Blumen erreiche eine phantastische Zahl. Nur die Rückkehr zur Einfachheit und Arbeit könne es dahin bringen, daß der Wechselkurs sich bessere und die Lebensmittelpreise ein Ende nehme. Eine Erkenntnis, die wir übrigens noch notwendiger haben als Frankreich!

Die ersten Abstimmungen.

(Eigener Bericht aus Rom.)

Die ersten Abstimmungen der neuen Kammer sind in hohem Maße beachtenswert. Sie zeichnen klarer als Worte die prinzipiellen Vinten der Parteien.

Quers brachete Vazzari für die sozialistische Fraktion eine Tagesordnung ein, in der die Kammer die Antwort auf die Thronrede nicht billigte. Für sie stimmten nur die Sozialisten, Republikaner und einige vom Kriegerverband; die Tagesordnung blieb also in der Minderheit, woraus der Kammerpräsident den Schluß zog, daß die Mehrheit die Antwort gut hieß. Auf die Art haben die Merkanten, um nicht in einer allgemeinen Frage mit den Sozialisten zu stimmen, für die Regierung gestimmt.

Der eigentliche Kampf begann aber bei den Zusatzanträgen. Ein Zusatzantrag Reina (Soz.) forderte die Entziehung der Ladisandien, soweit sie nicht rationell bewirtschaftet sind, und ihre Uebertassung an Arbeitergenossenschaften zur Bestellung; er forderte weiter die Kontrolle der industriellen Betriebe durch die Arbeiterschaft und durch den Staat zur Anbahnung der Vergesellschaftung der Großindustrie.

Dieser Antrag, den die Regierung nicht angenommen hatte, erzielte die Mehrheit, weil Reformisten und Merkanten gemeinsam mit den Sozialisten stimmten. Die Merkanten freilich mit dem Vorbehalt, daß sie dem Antrag dieselbe Bedeutung beimessen wie die Sozialisten, und ihrem Votum nicht die Bedeutung des Mißtrauens gegen die Regierung verleihen wollten.

bleibt die Tatsache, daß sich in der italienischen Kammer eine Mehrheit für die Forderung der Expropriation des Groß-

grundbesitzes und die Vergesellschaftung der großindustriellen Betriebe gefunden hat.

Dann ging das Spiel der Abstimmungen mit verschiedenem Zusammenschluß der Parteien weiter. Es folgte eine Tagesordnung Picelli (Soz.), die für die Elementar-schule „wissenschaftliche und rationelle Vorfahrt“ verlangte. Sie war gegen die Merkanten gerichtet, wurde von Ricci angenommen und erzielte die Stimmen der ganzen Kammer, mit Ausschluß der Merkanten, die ganz allein blieben.

Dann kam die Reihe an die Sozialisten, allein die ganze Kammer gegen sich zu haben. Nämlich bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Sowjetrußland. Es war dies die einzige namentliche Abstimmung; sie ergab 124 Ja und 289 Nein.

Schließlich gab es einen Zusatzantrag Ranesi (Kriegerbund) gegen jede Intervention in Rußland, den die Regierung annahm und der die Stimmen der Gesamtheit der Kammer erzielte.

Es gab also an einem Tage zwei Abstimmungen, in denen die Sozialisten allein blieben (gegen die Antwort auf die Thronrede und für Sowjetrußland), zwei, in denen sie die Mehrheit für ihre Tagesordnung erzielten, davon eine mit Hilfe der Merkanten und gegen die Regierung (Sozialisierung und Aufteilung der Latifundien), die andere zusammen mit der Regierung gegen die Merkanten (Satzfrage), und schließlich eine, die die gesamte Kammer in der Tagesordnung gegen die Intervention in Rußland um einen Zusatzantrag des Kriegerbundes scharte.

Dieses Spiel der Koalitionen, die auf Augenblicke zustande kommen, legt die Parteien fest, ob sie wollen oder nicht. Die Merkanten orientieren sich nach links, und zwar so stark, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß es zu einer Spaltung in ihrer Fraktion kommt. Reformisten, Republikaner und Kriegerbund graditieren nach links. Die „Ordnungsparteien“ wissen nicht aus noch ein. Dabei besteht wenig Lust, das Kabinett zu stürzen, weil begreiflicherweise keine starke Nachfrage nach Ministerpräsidentenstellen ist. Man spricht von einer Erweiterung der Grundlage des Kabinetts, aber bei der Regierung der Sozialisten und der Merkanten, an der Regierung teilzunehmen, kann es sich nur darum handeln, Reformisten oder Demokraten zu gewinnen, die nicht eben eine sehr lüppige Mittgut an Stimmen mitbringen.

Interessant ist, daß Giolitti für die Tagesordnung Reina gestimmt hat. Sollte er sich für den Vorschlag bringen wollen? Dafür hat die neue Kammer von dem Leben ihrer Vorgänger doch zu viel gelernt und vor allem zu wenig vergessen.

Ein Schritt Scheidemanns.

Auswärtige Blätter bringen die Nachricht, daß Genosse Scheidemann bei der Staatsanwaltschaft in Berlin den Antrag gestellt hat, ein Verfahren gegen ihn selber wegen der Beischuldigung einzuleiten, daß er — Scheidemann — eine Belohnung auf den Tod Diebknichts und Rosa Luxemburgs ausgelegt habe. Diese Nachricht ist, wie wir von Genossen Scheidemann erfahren, richtig. Sofort, als die Beischuldigung gegen Scheidemann, deren Urheber bekanntlich Sonnensfeld-Vater ist, in der Öffentlichkeit auftauchte, hielt es Genosse Scheidemann für seine Pflicht, der Partei gegenüber alles in seinen Kräften liegende zur Klärung der Angelegenheit zu tun. Obwohl Scheidemann — wie auch wir — an der geistigen Zurückbildungsfähigkeit des Sonnensfeld sen. zweifelt, und obwohl er selbstverständlich die Wahrheit der Beischuldigung auf das Entschiedenste in Abrede stellt, stellte er aus dem genannten Grunde den Antrag beim Staatsanwalt. Dieser hat Genossen Scheidemann bereits mitgeteilt, daß seinem Antrag entsprechend ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei.

Die Einigung in Danzig.

Nachdem der am 21. Dezember stattgefundenen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für das Freistaatgebiet Danzig den Landesvorstand beauftragt hatte, mit der Parteileitung der Unabhängigen zu verhandeln, um eine Ein-

Peter Schlemihls Erlösung.

Erzählung von Edgar Hahnwald.

(Schluß.)

„Und Sie hoffen das Ziel zu erreichen?“
„Ja, hoffe es nicht nur, ich weiß: der Sozialismus wird kommen. Es hängt nicht von Verträgen ab, ob er kommt. Er ist der einzige Weg, der vorwärts führt. Er allein hat die Kraft, der Menschheit aus diesem schrecklichen Erbe herauszuhelfen, in das sie im Blutenschweiß dieser vier grauenhaften Jahre getaumelt ist und in dem sie zu versinken drohte. Aber sie kann nicht untergeben. Mag sie noch so tief der selbstgeschaffenen Schmach verfallen, sie erzeugt aus sich selbst die Kräfte, die sie versängen. Und in dieser Stunde ist der Sozialismus diese Kraft. Er ist nicht nur ein anderes politisches System, nicht nur eine andere wirtschaftliche Ordnung. Er ist die höhere Idee. Er hebt die Menschheit auf die nächsthöhere Stufe ihrer Entwicklung. Ich kann Ihnen die Stunde nicht nennen, in der seine Ideale erfüllt sein werden. Sie wird den Völkern der Welt zu verschiedenen Zeiten schlagen. Aber sie schlägt die Ketten rücken unaufhaltsam dieser Stunde zu. Und was ist dann Ihr Glückseligkeit? In einer sozialistischen Gesellschaft, in der man, um glücklich und satt zu sein, keinen Glückseligkeit, kein Glückseligkeit-buch braucht. Was ist er dann? Eine Kuriosität, eine lächerliche Erinnerung an eine gewisse Zeit, ein nutzloses Spielzeug für Kinder, die sich daran ergötzen mögen, wertlose Münzen aus einem unerschöpflichen Beutel zu nehmen und sie im Sande zu verstreuen.“

„Vielleicht haben Sie Recht“, sprach Schlemihl. „Aber glauben Sie mir, das, was Sie prophezeien, ängstigt mich nicht. Sie finden nur Worte für Gedanken, die mich schon seit bewegten. Ich habe unter meinem Reichthum gelitten und ich leide noch darunter. Ich habe die steigende Not ringsum, sie bedrückt mich und macht mich unruhig. Ich denke in schlaflosen Nächten darüber nach, und oft wandelt mich die Luft an, all meinen Reichthum von mir zu werfen. Aber was hätte es? Es ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Und mich befreit es nicht. Und doch, ich schwärme mich meines Reichthums, der mir ein Verbrechen an meinen ärmeren Mitmenschen scheint und der mich denen zugeleitet, die Reichthum auf die Menschheit gebracht, läßt sich nur in einer höheren Ordnung überwinden. Ich fürchte, ich glaube mich ihm durch den Erwerb des Reichthums zu entziehen und geriet doch nur auf die andere Seite der unüberbrückbaren Kluft — jetzt erkenne ich klar den verhängnis-

bin durch diese herbe Schule gegangen und kann mich meines Reichthums nicht sorglos freuen. Nein, ich bete mein Geld nicht an. Gewiß, es hat mir Genüsse bereitet, um die mich die Mitmenschen beneiden. Aber womit habe ich das bezahlt? Mit meiner inneren Ruhe, mit meinem Glück. Denn das habe ich immer tiefer erkannt: Glück ist gar nicht so unbedingt abhängig von äußeren Umständen. Natürlich gilt auch das wie alle Wahrheiten nur in bedingtem Sinne, aber es gilt. Glückseligkeit ist Fähigkeit des Herzens. Wer die nicht in sich trägt, dem verhilft auch Reichthum nicht zu jener inneren Harmonie, die doch das Glück ist. Am glücklichsten war ich doch bis zu jener Stunde, die mich in den Garten des Herrn Thomas John führte und in der ich dem Mann im grauen Rock meinen Schatten für den Glückseligkeit verkaufte. Seit diesem Tage besitze ich die Macht, die das Gold verleiht, aber ich selbst war dieser Macht verfallen. Ich bin es noch und ich sehne die Stunde herbei, die mich von ihr befreit. Was kann ich fürchten? Wenn die Zukunft, von der Sie träumen, nicht nur ein schöner Traum ist, wenn sie die Menschheit aus der Sklaverei des Goldes erlöst, befreit sie nicht auch mich? Ich habe dem Fremden meinen Schatten für den Glückseligkeit verkauft. Sein Gold bindet mich an ihn. Wenn aber das Gold seine dämonische Macht über die Menschen verliert, dann erlöst auch der Rauber, der dem Glückseligkeit innewohnt. Dann wird der Volk hilflos, den ich mit dem Fremden schloß. Mein Schatten leidet zu mir zurück und ich kann erlösi meine alten, milden Augen schließen. Denn nur die Zauberkraft des Goldes macht mich unsterblich.“

In der Stadt läuteten kühlerer Glocken und erklangen den weichen Frieden des frühen Abends mit einer strengen, erhabenen Feierlichkeit. Das lächelnde Umfließen im Baum schlang dahlende Ranken um die ebern aufsteigenden Säulen des Geläuts.

Paul schwieg in jenem leichten Fieber des Denkens. Schlemihl aber stand von einer übermächtigen Bewegung ergriffen auf. In seine alten Augen trat ein fremder Glanz. Er blickte lange in die sinkende Dämmerung. Dann ergriff er bewegt Pauls Hand und sprach zitternd:

„Sie haben einem dunklen Wissen in mir Worte verliehen. Gedanken, die schon lange in mir lebten, haben Sie ausgesprochen. Die unsägliche Not, die der Misethal zwischen Armut und Reichthum über die Menschheit gebracht, läßt sich nur in einer höheren Ordnung überwinden. Ich fürchte, ich glaube mich ihm durch den Erwerb des Reichthums zu entziehen und geriet doch nur auf die andere Seite der unüberbrückbaren Kluft — jetzt erkenne ich klar den verhängnis-

vollen Irrtum, unter dem ich litt und den ich nicht begriff. Ich glaube an die Zukunft, für die Sie kämpfen. Aber ich brauche nicht auf Ihre Erlösung zu warten. Ich fühle es. Ich fühle das Roben meiner Erlösung und ich kann geduldig auf meine Stunde warten — sie kommt gewiß. Ich fürchte, der ich nicht erkannte, daß der Fremde nur so lange Macht über mich besitz, so lange ich mich dieser Macht unterwerfe. Jetzt weiß ich, daß ich sie in mir besitze, daß ich sie innerlich überwinden muß. Ich habe sie überwunden. Ihnen danke ich das, Sie haben mir dazu geholfen. Ich glaube nicht mehr an die ewige Macht des Fremden — ich danke Ihnen — ich fühle den Sinn von mir sollen.“

Ergriffen und keiner Worte mächtig, drückte Schlemihl dem Gedächtnis die Hand. Paul sah ergriffen und lächelte, wie sich der Druck der müden Hand aus der seinen löste.

Schlemihl wandte sich ab und ging.

Unter den sprossenden Bäumen sank die Sonne in milder Blut. Schlemihl schritt im rosigen Dunst des scheidenden Lichts. Unter seinen schreienden Fäden wuchs ein kleiner, langer Schatten, der sich unter den schrägen Strahlen der sinkenden Sonne immer länger und statlicher streckte. Der Rubin Fagaro sprang freudig lächelnd über den Schatten herüber und hinüber. Und langsam gelosch die Gestalt Schlemihls in der weichen Dämmerung, die den gewundenen Weg unter dem garten Gewirr der sprossenden Bäume umschattete.

H-Tank. Neue Pläne sind aufgetaucht, Tanks bei der Vergung der Tausende im U-Boot-Krieg verzeckter Schiffe zu benutzen. Ingenieure und Marinefachverständige halten es für wahrscheinlich, daß man einen Tank sehr wohl zu einer Art Taucherglocke umwandeln kann, die dann den Vorzug hätte, sich auf dem Meeres-grunde vorwärts zu bewegen. Man will einen solchen Taucherglocke mit einer starken Rohrlösung versehen, durch die man ihm vom Vergungsschiff aus Luft zuführen könnte. Ferner müßte er in Telegraphenverbindung mit dem Mutter Schiff stehen und mit fließenden Scheinwerfern versehen sein. In der amerikanischen Flotte hat man bereits Versuche mit einem solchen Taucherglocke angestellt, den man in einen tiefen Fluß versenkte. Mit derselben Leichtigkeit wie auf dem festen Lande konnte man auch auf dem Grunde des Fluß-bettes mit dem Tank vorwärts kommen.

Konzerte. Im Konzertsaal des Bläser-Orchesters wird als Solist Claudio Arco mit — Freitag abend 8 Uhr in der Singakademie Wiederholung von Margarete Barthele und im Rind-moritz-Saal Konzert des Rind-moritz-Orchesters unter Leitung von Frieda Wilhelms (Klavier).

Vortragsabend von Clara Bauer und Josef Dumer in der Harmoniumsalle am Freitagabend 7 1/2 Uhr.

gung der beiden sozialistischen Parteien für das ganze Freistaatsgebiet zu vollziehen, haben diese Verhandlungen am Sonnabend stattgefunden. Es kam auf ihnen zu folgenden Vereinbarungen: Ueber das gemeinsame Programm für den Freistaat Danzig soll ein am 11. Januar 1920 in Danzig stattfindender gemeinsamer Parteitag beschließen. Nach der Einigung sollen in allen Orten des Freistaatsgebietes Neuwahlen der Vorstände stattfinden, die erstmalig paritätisch zu besetzen sind. Die Aufstellung der Kandidatenliste für den Volkstag erfolgt auf einem späteren Parteitage. Eine am Sonntag in Danzig stattgehabte gemeinsame Sitzung der Vertrauensmänner der beiden Danziger Ortsvereine ist diesen Beschlüssen der beiden Vorstände beigetreten. — Auf dem gemeinsamen Parteitage am 11. Januar in Danzig soll ferner die Wahl des Landesvorstandes vorgenommen und die Zusammenlegung der beiden Danziger sozialistischen Zeitungen beraten werden.

Armer Oehme!

Die „Freiheit“ findet nun selber in ihren Oehme-Entwürfen ein paar. Ehemalige Angehörige der Volksmarinedivision wenden sich in einer entrüsteten Zuschrift gegen die Oehmesche Darstellung der Degenbertage, und Oehme bekommt zu hören, daß seine Schilderung des Verhaltens der Volksmarinedivision in jener kritischen Zeit unwahr und verleumderisch sei. Na, darüber mag sich Oehme selber mit seinen Parteifreunden auseinandersetzen. Einseitigen geht es ihm wohl wie dem „Menschen namens Meier“ bei Wilhelm Busch:

Ohne Hören, ohne Sehen
Steht der Gute plötzlich da,
Und er fragt, wie dies geschehen
Und warum ihr dies geschah!

Lächerlich und fürchtbar.

Die Urteile im Falle Helmhake und Marloff haben von unserer Seite schärfste Verurteilung erfahren. Die sittliche Empörung über den Freispruch bzw. die ganz geringe Verurteilung von Offizierenmördern ist in jeder Weise gerechtfertigt. Trotzdem muß es zurückgewiesen werden, wenn die „rote Fahne“ auf Grund dieser Urteile ganz verallgemeinert und durch nichts gerechtfertigte Anklagen gegen die Regierung und die Sozialdemokratie erhebt. Mit welcher Leichtfertigkeit und Bewissenlosigkeit sie dabei verfährt, das zeigt folgende Gegenüberstellung in ihrem Artikel:

21 katholische Handwerksgehilfen werden in München im Bluturteil abgeurteilt, weil man sie für Spartakisten hielt. Das bestialische Verbrechen wird durch lächerlich geringe Strafen geahndet von denselben Richtern, die seit Monaten gegen revolutionäre Bluturteile auf Bluturteile fällen. Rindner, der auf den Knechtgut Auer schoß, wurde zu einer fürchtbaren Strafe verurteilt.

Die Haupttäter des Gefellenmordes erhielten jeder vierzehn Jahr Zuchthaus. Rindner erhielt — ebenfalls vierzehn Jahr Zuchthaus. Die „rote Fahne“ bekommt es also fertig, genau dieselbe Strafe einmal „lächerlich gering“ und das andere Mal „fürchtbar“ zu nennen, nur weil sie das eine Mal gegen ihre Gegner, das andere Mal gegen ihren Anhänger verhängt wird. Das ist umgekehrte Klassenjustiz, und damit fördert man den Kampf der Gerechtigkeit auch nicht.

Zur Stilllegung des Löwischen Betriebes.

Den P. B. R. wird berichtet: Die Stilllegung von Löwe mußte, wie schon in den Zeitungen erwähnt, wegen Kohlenmangels erfolgen. Der Löwische Betrieb besitzt nur die Vorräte, die erforderlich sind, um den Betrieb bei etwa eintretendem Frost vor dem Erfrieren zu schützen.

Die ungünstige Versorgung der industriellen Betriebe Berlins ist eine Folge des plötzlich eingetretenen Frostwitters, das die Blumenschiffahrt ganz erheblich behindert hat. Es sind 175 für Berlin bestimmte Kohlenlöhne festgefroren. Infolge des eingetretenen Tauwitters ist wohl zu erwarten, daß die Hindernisse behoben werden können, so daß die Löhne, die für Berlin bestimmt sind, frei werden und daß damit die Industrie Berlins über die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung hinwegkommt.

Auf der ganzen Elbe herrscht Sonnenschein und Tauwetter. Der Eisgang auf der Mittelde ist nicht sehr lebhaft, so daß die gesamte Schifffahrt wieder aufgenommen wurde. Von der unteren Elbe liegen Nachrichten über Wiederaufnahme der Schifffahrt noch nicht vor, ist jedoch begründet anzunehmen, daß auch hier wenigstens bis Homburg, wie auch sonst auf dem ganzen Fluße, die Schifffahrt wieder in Gang ist.

Kleine politische Nachrichten.

Ende des Hamburger Belagerungszustandes. Auf Anregung unserer Genossen hat die Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Hamburg und für das Freihafengebiet verfügt. Die Hamburger Bürgerschaft hatte bereits vor Monaten durch den Senat bei der Reichsregierung einen dahingehenden Antrag gestellt, der zu diesem Beschluß der Reichsregierung mitgewirkt haben dürfte.

Sachsens Lehrer für die weltliche Schule. In Dresden tagt zurzeit eine Vertreterversammlung des sächsischen Lehrervereins, die gegen das von der Nationalversammlung beschlossene Schulkompromiß Entschlossenung nahm und für Sachsen die weltliche Schule forderte. Es wurde vom Reich der Beschluß eines Reichsschulgengesetzes verlangt, ferner wurde beschlossen, den sächsischen Lehrerverein auf gewerkschaftliche Grundlage zu stellen. Endlich wurde eine Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer Sachsens gebildet und der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer Deutschlands angeschlossen.

Industrie und Handel.

Vöric.

Die Börse beschloß das Jahr in durchaus fester Haltung bei auf einzelnen Gebieten ziemlich lebhaftem Geschäft. Wesentliche Kursbesserungen wiesen namentlich Auslandspapiere auf, wie etwa Schantung, die 15 Proz., Canada, die 50 Proz. und Deutsch-Nebersee, die 25 Proz. gewannen. Am Montanmarkt zeigte sich Kaufbegehrt für Eisenröhren, Mannesmann-Röhrenwerke, Eisenröhrenwerke und Wöhler; auch Schiffahrtsaktien hielten sich höher; von Farbwerken hatten Badische Anilin die Führung. Rüstungspapiere waren im allgemeinen wenig verändert; auch heimische Anleihen wiesen nur geringfügige Veränderungen auf. Kriegsanleihen hielten sich auf unverändert 77%. Fremde Renten waren unbeachtet.

Groß-Berlin

Heiliges Donnerwetter.

Von Arno Rabel,
Maschinengewehrdichter der „Freien Welt“.

Heiliges Donnerwetter!

Kommen die Leute daher
und sagen,
was ich so dicke,
hätten sie sich längst
in Adolf Hoffmannscher Prosa
an den Stiefelsohlen abgelassen!

Heiliges Donnerwetter!

Das Proletariat
kann noch viel mehr ertragen,
als Feilenshindererei.
Lacht mich doch!
Es ist eben mein Beruf.

Für radikale Rindstauen,
Fadelstige und Weichdierorkideen
halte mich bestens empfohlen.
Telephon Norden 9769.
Honorar nach Uebereinkunft.

Es lebe die Freie Welt!
Sie hat mich
und meinen Gallmatthias
und das Abonnementgeld erhöht.
Sie erscheint einmal wöchentlich
jedemal Mittwoch.
Was wollt ihr mehr?

Heiliges Donnerwetter!

Silvester.

Also fangen wir an:
Wieder einmal geht ein Jahr zur Reige. Wenn wir
auch einerseits nicht sagen können, daß ... hm ... so
hoffen wir doch ... hm ...

So geht es nicht.
Fangen wir nochmal an:
Silvesterglocken läuten ein altes Jahr ins Grab. Ein
Jahr der ... hm ... der, wie kann man gleich sagen ... hm.
So geht es auch nicht.
Ach was, reden wir nicht davon.
Ich wünsche jedem etwas Warmes zu trinken.
Das weitere wird sich schon finden!

Kaulchen.

Die neuen Tarife.

Wir geben eine Zusammenstellung der neuen Tarife, die für Straßenbahnen und Hochbahn am 1. Januar 1920 in Kraft treten. Auf den Linien der Großen Berliner Straßenbahn kostet die Einzelsahrt 30 Pf., die Sammelkarte zu 7 Fahrten 2 M., die Monatskarte für eine Linie 23.50 M., für zwei Linien 30 M., für drei Linien 39 M., für alle Linien 60 M., die Schülermonatskarte 8 M., die Arbeitermonatskarte für 6 Wochentagsfahrten 1.50 M., für 12 Wochentagsfahrten 3 M. Auf den Anschlußlinien nach Spandau kosten die Strecken von Spandau nach Neutölln 40 Pf., nach Kupfergraben 40 Pf., nach Bahnhof Jungfernheide 35 Pf., von Spandauer Bod nach Spandau 30 Pf., nach Neutölln 30 Pf., nach Kupfergraben 30 Pf., von Siemensstadt nach Spandau 30 Pf., nach Bahnhof Jungfernheide 30 Pf. Die Berliner Städtischen Straßenbahnen, die früher Siemens u. Halske'schen Berliner Elektrischen Straßenbahnen, die Berliner O-Bahnen und die Cöpenicker Städtische Straßenbahn nehmen den neuen Tarif der Großen Berliner Straßenbahn an, jedoch mit den Abweichungen, daß auf den Berliner Städtischen Straßenbahnen die Monatskarte für alle Linien 23.50 M. und auf der Cöpenicker Elektrischen Straßenbahn die Monatskarte für eine Linie 12 M., für alle Linien 18 M., die Schülermonatskarte 6 M., die Arbeitermonatskarte, ohne Umsteigeberechtigung, 2 M., mit Umsteigeberechtigung 2.50 M. kostet. Auf der Hoch- und Untergrundbahn kostet die Fahrt bis zur 5. Haltestelle in 2. M. 30 Pf., in 2. Klasse 45 Pf., darüber hinaus in 2. M. 40 Pf., in 2. M. 60 Pf. Auf der Hahnbahn nach Dichtenberg kostet die Einzelsahrt 25 Pf., die Monatskarte 12.50 M., die Schülerkarte 5.50 M., die Arbeitermonatskarte 1.80 M. Im Uebergangsverkehr mit der Hochbahn beträgt der Zuschlag 10 Pf. Der Uebergangsverkehr zwischen Hochbahn und der Städtischen Straßenbahn hört auf.

Kleinarbeit.

Unsere Partei befindet sich augenblicklich in keiner beneidenswerten Lage. Von rechts und links fallen uns Drohnen an und suchen die Anzucht über die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage und unsere Parteigenossen in der Regierung aufzuklopfen. Dabei sind die bestehenden Verhältnisse nur die Folge einer katastrophalen Weltrevolution, deren Verhängnis von jedem von uns längst vorausgesehen wurde. Eine Partei nun, die solchem organisierten Ansturm trotzt, beweist, daß sie von der inneren Berechtigung ihrer Taktik fest durchdrungen und durch festes Wortgefecht nicht beiseite gestellt werden kann.

Der 8. November 1918 nahm dem deutschen Volke jede politische Freiheit; mittels des Stimmzettels kann auf legale Weise die Vaterrepublik ihren Einzug halten, vorausgesetzt, daß die Mehrheit der Wähler dies wünscht, und nur solche Kandidaten wählt. Damit allein ist schon der Grundstein zum zukünftigen Aufbau des deutschen Volkshauses gegeben.

Ein Gefühl der Verzweiflung ist nirgends vorhanden. Dennoch fällt uns die geschichtliche Aufgabe zu, der Baumeister der Demokratie zu sein. Sind wir alle von dieser Aufgabe durchdrungen? Den Angehörigen der einzelnen Parteien hat sich eine gewisse Apathe (Ableidungslosigkeit) bemächtigt; sie erwarten alles Heil von ihren Führern und geben sich einer Illusion hin, die nie Wirklichkeit werden kann. Besser leben können, heißt mehr Anteil nehmen am politischen Leben; heißt mitraten und mitarbeiten im Kreise seiner Gesinnungsgenossen.

Auch uns hat die Revolution starken Zuwachs gebracht; das wurde erwartet. Suchen wir uns aber in unseren Mitgliederzusammensetzungen um, sehen wir fast immer dieselben Kampfgenossen, mit denen wir schon so manches Könnchen Salz haben schlucken müssen. Wir wollen niemanden vor den Kopf stoßen, aber — gesagt soll es werden — bei der Kleinarbeit fehlt unser Zuwachs bald ständig. Wesen wir die Biographien unserer toten und noch lebenden Führer; sie alle kannten nur eine Lebensaufgabe: das Wohl der Partei. Verfolgungen achteten sie nicht, konnten sie nicht veranlassen, von dem als richtig erkannten Weg abzuweichen. Nehmen wir uns daran ein Beispiel; mehr Anteilnahme am Parteilieben! Kopfhalter brauchen wir nicht. Jede Kleinarbeit ist die Vorstufe des Erfolges; an dieser Kleinarbeit muß sich jeder beteiligen. Wir wollen ganzlich aus der Negation heraus; müssen aufstehen, die Köpfe weiter revolutionisieren, darum zeigt sich in der Kleinarbeit für die Partei erst der wahre, überzeugungsreiche Sozialist.

Verchiebung der Wahl der Elternbeiräte.

Bestehenden Wünschen entsprechend hat die Schulabteilung der Regierung in Potsdam in Veränderung ihrer Verfügung vom 28. November den Wahltermin für die Elternbeiräte auf Sonntag, den 22. Februar 1920, festgesetzt. Dieser Termin ist unbedingt einzuhalten.

Christliche Nächstenliebe.

Ein erhabenes Bild christlicher Nächstenliebe und Duldsamkeit konnte man am Sonntag, den 2. Dezember, auf dem Friedhof in Stahndorf beobachten. Dort sollte eine Genossin zur Ruhe bestattet werden, welche nicht der Landeskirche angehörte. Dem Sargbeseitiger war die Versicherung gegeben, daß dem nichts im Wege stehe, wenn in der Leichenhalle einer der Genossen einige Worte spräche, auch sollte der Sargträger am Grabe singen und die Kranzdeputationen Abschiedsworte sprechen. Der Sargbeseitiger hatte die Anmeldungen übernommen; als jedoch die Leichenfeier beginnen sollte, wurde jedes Reden zunächst unterbunden, selbst gesungen sollte nicht werden und erst nach langen erregten Debatten ließ sich der Herr Inspektor herbei, einige Worte am Grabe zu gestalten. Als die Leiche bereits aus der Halle heraus war, kam der Beiseid, daß auch dort ruhig hätte gesprochen werden können.

Unsere Genossen grüßten, wie es sich für anständige Menschen regiert, die Leichen, welche — vom Geistlichen gelobt — an ihnen vorüber geführt wurden; als jedoch unsere Genossin zu Grabe geführt wurde, hielt es der amtierende Geistliche nicht für nötig, die Leiche zu grüßen. Das ist christliche Nächstenliebe und Duldsamkeit. Die Geistlichkeit, die uns immer predigt, daß im Tode alle Menschen gleich sind, geht da mit einem wunderbaren Beispiel voran. Könnte wohl jener Geistliche besser beweisen, wie notwendig es ist, endlich sich von solchen geschäftsmäßigen Glaubenshelden freizumachen? Dank verdienen die Herren für ihr Benehmen; denn nichts fornt sich klarer als solches in den Ruf um: Roub aus der Landeskirche, wer religiös ist!

Stodung in der Berliner Kohlenversorgung!

Die wechselnde Wetterlage der letzten Tage hat in den Kohlenzufuhren wieder eine empfindliche Störung eintreten lassen, so daß im Augenblick nicht nur die private Industrie, sondern auch die öffentlichen Werke, wie Gasanstalten und Elektrizitätswerke vor ernstlichen Schwierigkeiten stehen. Während der letzten Eisenbahnsperrung war es möglich, diesen für das Allgemeinwohl wichtigen Anhalten etwas mehr Kohle als gewöhnlich zu liefern, so daß eine, wenn auch sehr bescheidene Reserve angelegt werden konnte.

Infolge des Hochwassers am Rhein ist der Schiffverkehr dort zum großen Teil eingestellt und auf der Ober sind zahlreiche Kohlenlöhne, die für Berlin bestimmt waren, eingezerrt. Die Genossin ist nicht in der Lage, auch bei noch stärkerer Ausnutzung des Gütertransportes augenblicklich das Kohlenbedürfnis auszugleichen. Bei den Gasanstalten und auch bei den Elektrizitätswerken ist die Lage im Augenblick so, daß gerade der Tagesbedarf sichergestellt werden kann. Man hofft, daß bei Anhalten des Tauwitters in den ersten Tagen des Januar sich eine Entspannung der Lage bemerkbar machen wird.

VorzugsKurse für Heimkehrer

für die Zeit vom 1. bis 11. Januar 1920:

Amerika	England	Frankreich	Belgien
Roten	Schwarz	Roten	Schwarz
48	43	185	163
		450	410
		455	415

Liebesdrang die am Heiligabend.

Eine Liebesdrang die hat sich am Heiligabend in der Wilhelmstraße 88 abgespielt. In dem Hause bewohnte ein 27 Jahre alter Verwaltungsdirektor Franz Sulzer gemeinsam mit der 25 Jahre alten Robbin Helcia Kornowich ein möbliertes Zimmer. Das Paar hatte vor den Feiertagen erzählt, daß es verreisen wolle. So fiel es zunächst nicht auf, daß es auch nach den Feiertagen noch nicht gesehen wurde. In Wirklichkeit war es aber zu Hause geblieben. Dienstag wurde es in seinem Zimmer tot aufgefunden. Ein Arzt stellte fest, daß es sich mit Beuchspiegel vergiftet habe und schon seit fünf Tagen tot war. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht. Was die jungen Leute in den Tod getrieben hat, weiß man noch nicht.

Ein Auto von der Straße gekloffen. Ein wertvoller Kraftwagen wurde von unbekanntem Dieben gekloffen, als er vor dem Hause Hardenbergstraße 3 hielt. Es ist ein sechsradiger Schwarzblau lackierter Wagen, ein Benz-Landolaa Nr. 1a 6092, und trägt die Motor- und Fabriknummer 13337. Das Coupé ist hellgrau aufgeschlagen, die Beschläge sind mattgelb, der Rücksitz und der Sprecher vernickelt. Das Verdeck ist außen angebracht, der Wagen auffallen hoch. Er hat einen Spitzhüter und ist 110 000 M. wert. Auf seine Wiederherbeifassung sind 10 000 M. Belohnung ausgesetzt. Nachrichten sind an Kriminalwachtmeister Beckmeister im Berliner Polizeipräsidium zu richten.

Der Reichsbund der Kriegsschädigten, Abt. Charlottenburg, veranstaltet am Freitagabend 6 Uhr im Marmoraal am No. 1 ein Wohltätigkeitsfest zugunsten der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und der Schwerverletzten. Kamfante Kräfte haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Der Botanische Garten in Dahlem ist am Sonntag von 11—4 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Rudow. Der ehemalige Kieler Matrose. In seiner Morgenausgabe vom 23. Dezember schrieb der „Berliner Lokalanzeiger“: „In der kleinen Gemeinde Dierpensee besteht ein Konflikt wegen des Amtsvorsteher. Dort wurde bisher das Amt ehrenamtlich ausgeübt. Der neugewählte Amtsvorsteher, ein früherer Kieler Matrose namens Schulze, verlangt ein Jahresgehalt von 8000 M.; hiergegen sträubten sich jedoch die Gemeindeglieder.“

Dazu schreibt uns der Angegriffene: „Ich bin vom Freitag am 30. Oktober d. J. zum Amtsvorsteher des Amtsbezirks Rudow, wozu auch Dierpensee gehört, gewählt, bis dato aber noch nicht bestätigt. Somit ist eine Gehaltsforderung meinerseits noch gar nicht in Frage gekommen. Ebenfalls wenig kann von einem Konflikt die Rede sein. Im übrigen werden sich die Herren Reaktionsäre damit abfinden müssen, daß in einer sozialen Republik derartige von Arbeit besetzte Posten bezahlt werden. Wenn in dem Artikel behauptet wird, bisher wurde das Amt ehrenamtlich ausgeübt, so doch nur deshalb, um die Interessen einer Klasse zu wahren und hat auf Befolgung der Besche größte Sorgfalt zu legen, sich selbst absichtlich gegen die Gesetze zu verhalten, um persönlichen Vorteil für sich herauszuföhren.“

Vor etwa 3 Wochen verstarb der alte Amtsvorsteher, Mitternachtsbestir Karl Wrede aus Dierpensee, 22 Beiföhre zu verzeichnen. Diese wurden auf dem Bahnhof Oranau von dem kommunalen Arbeiterrat von Bohnsdorf beschlagnahmt und an die Einwohner von Wahnsdorf und Grünau abgegeben. Man erriecht, wie notwendig es ist, endgültig mit diesen Partisanen und Volksbeißern von früher aufzuräumen. Das sind die Herren, die heute für die Aufhebung der Zwangswirtschaft eine rege Propaganda entfalten, um nach ihrer Meinung dem Volke mehr Lebensmittel zuzuföhren. In Wirklichkeit ist ihnen aber an des Volkes Wohl nichts gelegen. Kommunisten vom reinen Wasser!

